

# Allen eine gerechte Chance geben

Der Weg durchs Bildungssystem kann steinig sein, aber er ist nicht für alle gleich steil. Umso wichtiger ist es darum, Kinder und Jugendliche individuell so zu fördern, dass sie ihr Potenzial entfalten können. So will es auch der Lehrplan 21. Doch wie man das schaffen soll, ist umstritten.

Pascal Turin

Es gibt ein paar Dinge im Leben, die auf der Hand liegen. Dazu gehört, dass es einfacher ist, ins Gymnasium zu kommen, wenn man dabei von den Eltern unterstützt wird. Es braucht auch nicht viel Fantasie, um zu glauben, dass Kinder mit Migrationshintergrund eher in die Sek B eingeteilt werden als Kinder, deren Eltern beide aus der Schweiz stammen – selbst dann, wenn sie in der Schule gleich gut sind.

Die Antwort auf die Frage, für welchen Bildungsweg sich Kinder und Jugendliche entscheiden, hängt darum nicht zuletzt davon ab, in welchem Umfeld sie aufgewachsen sind. Ein Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – kurz OECD – zeigt auf, dass die Schweiz eines der Länder ist, in denen der soziale Hintergrund den Schulerfolg besonders stark voraussagt.

**Potenziale bestmöglich entfalten**

Doch all diese Erkenntnisse stehen eigentlich im Widerspruch zum Lehrplan 21. Dieser fasst zusammen, was Deutschschweizer Schülerinnen und Schüler vom Kindergarten bis zur Sekundarschule lernen sollen. «Alle Kinder sollen ihr Potenzial bestmöglich entfalten können», steht im Lehrplan 21 geschrieben. Für Bildungsforscherin Carola Mantel ist klar: «Wir wissen alle: Das gelingt nur begrenzt.»

Mantel ist Professorin an der Pädagogischen Hochschule Zug und war früher selbst einmal Primarlehrerin. An der PH Zug leitet sie ein Forschungsinstitut und beschäftigt sich mit den Bildungschancen von Menschen mit Migrationshintergrund. An einer internen Veranstaltung der Kreisschulbehörde Limmattal im Eventlokal Alte Kaserne Zürich sprach sie kürzlich über das Thema «Chancenge-



Setzen sich für Chancengerechtigkeit ein (v.l.): Schulkreispräsidentin Katrin Wüthrich (SP) und Bildungsforscherin Carola Mantel, PH Zug. BILD PASCAL TURIN

rechtere Schulen – Was können wir tun?». Die Wissenschaftlerin konnte zwar keine einfache Lösung aus dem Hut zaubern – was die Komplexität des Themas natürlich noch etwas schwerer auf den Zuhörerinnen und Zuhörern lasten liess.

Doch Mantel versuchte, nicht den Teufel an die Wand zu malen. Sie erzählte aus ihren Projekten und zeigte anhand von guten Praxisbeispielen auf, wo Bildungsfachleute selbst ansetzen können (siehe Kasten). Der Bund, aber auch der Kanton

und die Stadt Zürich tun bereits einiges, um die Bildungschancen für die Kinder und Jugendlichen in der Schweiz gerechter zu verteilen. Zum Beispiel, indem der Regierungsrat die frühkindliche Bildung stärken will. Eltern, die ihre Kinder in Kindertagesstätten oder Tagesfamilien betreuen lassen, sollen zum Beispiel finanziell entlastet werden. «Leistungsdifferenzen bei der Einschulung vergrössern sich im Verlauf der Primarschulzeit zuungunsten sozial benachteiligter Kinder», sagt Mantel. Mit anderen Worten: «Die Schere geht im Laufe der Schulzeit weiter auf.»

**Lehrpersonen können etwas tun**

Die Gründe dafür sind vielfältig. Neben den bereits erwähnten ungleichen Bildungsbedingungen kommt auch die Bildungslaufbahn der Eltern hinzu. Wer selbst nicht im Gymnasium war, rät seinem Kind vielleicht eher zu einer Lehre. Wiederum wollen andere Eltern ihre Kin-

**Das können Lehrpersonen tun**

- Verzerrte Wahrnehmungen gemeinsam sichtbar machen, indem man sich gegenseitig auf blinde Flecken wie Stereotypisierungen aufmerksam macht.
- Leistungserwartungen hoch halten: Man darf Leistung erwarten und soll sie sichtbar machen.
- Die Ressourcen sehen: Die Bildung ist geprägt vom Blick auf die Defizite und Probleme statt auf die Potenziale der Kinder.
- An die Schülerinnen und Schülern glauben, ihnen Türen öffnen und Wege ebnen.

Gute Beispiele aus der Praxis gibt es hier: [www.izb-goodpractice.ch](http://www.izb-goodpractice.ch).

## AUS DEM GEMEINDERAT

### In Würde in Rente gehen

Kurz vor dem deutlichen Zuspruch zu einer 13. AHV-Rente am 3. März wurde auch auf Gemeindeebene ein weiterer Weg zur Verbesserung der Situation von Rentner/-innen mit kleinem Portemonnaie angelegt. Der AL-Vorstoss von Patrik Maillard und mir für einen flexiblen Altersrücktritt für Menschen, die in «Verschleissjobs» arbeiten, wurde mit Stichentscheid der Ratspräsidentin dem Stadtrat überwiesen. Das Postulat fordert den Stadtrat auf zu prüfen, wie die städtischen Mitarbeitenden, die körperlich sehr beanspruchende Arbeit verrichten, ohne nennenswerte finanzielle Einbusse mit 60 Jahren in Rente gehen können. Die Vision zu dieser Forderung hat ihren Ursprung in der Erfolgsgeschichte der Frührente in der Baubranche. Seit 2023 können Arbeiterinnen und Arbeiter im Bauhauptgewerbe von einem flexiblen Altersrücktritt profitieren und gut abgesichert vorzeitig in Rente gehen.

Angestellte in der Reinigung, in der Gastronomie, in der Logistik, bei der Kehrrichtabfuhr, in der Pflege, im Gartenbau usw. erleben vergleichbar hohe körperliche Beanspruchungen und laufen Gefahr, ihr Rentenalter nicht gesund erreichen zu dürfen. Im Rahmen einer europäischen Erhebung über Arbeitsbedingungen vor rund zwei Jahren benannte rund ein Viertel der Angestellten in der Schweiz eine Gefährdung der Sicherheit oder Gesundheit durch ihre Arbeit. Sie berichteten unter anderem von Belastungen für den Bewegungsapparat und einem hohen Arbeitstempo. Die Daten deuten darauf hin, dass die Branchen Handel, Gastgewerbe, Transportwesen, und insbesondere das Gesundheitswesen, überdurchschnittlich stark betroffen sind. Es ist zermürend und entwürdigend, sich mit körperlichen Beschwerden oder gar einer Invalidität ins Rentenalter schleppen zu müssen. Die Rahmenbedingungen in der Übergangs- wie auch später in der Rentenphase sollen für alle ein möglichst sorgloses Leben ermöglichen. Alles andere ist beschämend! Die Stadt Zürich soll hier ihre Vorreiterrolle weiter ausbauen!



**«Angestellte in der Reinigung, in der Gastronomie, in der Logistik, bei der Kehrrichtabfuhr, in der Pflege, im Gartenbau usw. erleben vergleichbar hohe körperliche Beanspruchungen wie Bauarbeitende.»**

Tanja Maag  
Gemeinderätin AL Wahlkreise 4+5

Unsere Gegner/-innen hielten uns denn auch das bereits bestehende städtische Modell des flexiblen Altersrücktritts entgegen. Dieses ist schon einmal ein guter Schritt. Trotzdem muss man sich die Zeit einer allfälligen Überbrückung leisten können, was gerade in den Lohnsegmenten der genannten Berufsfelder schwierig ist. Die Stadt bietet nur zum Teil eine finanzielle Übergangsunterstützung. Wir sind ausserdem davon überzeugt, dass eine Rente mit sechzig für körperlich hart arbeitende Menschen die Attraktivität eines Berufs steigern kann. Solche Verbesserungen wirken gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegen und unterstützen den Zufluss von Beiträgen in die AHV. Tanja Maag, Gemeinderätin AL

In der Rubrik «Aus dem Gemeinderat» schreiben Volksvertreterinnen und -vertreter regelmässig einen Beitrag. Alle im Stadtparlament vertretenen Parteien bekommen hierzu regelmässig Gelegenheit. Die Schreibenden äussern im Beitrag ihre persönliche Meinung.

### Mehr Flexibilität für das Stadtspital



**«Das Stadtspital würde eine Rechtsform erhalten, welche zeitgemäss ist, austarierte Risikoentscheidungen zulässt.»**

Christian Traber  
Gemeinderat Die Mitte Wahlkreis 1+2

von neuen Geräten zuständig. Aus Sicht der Fraktion Die Mitte – EVP wäre es viel wichtiger, dass sich der Gemeinderat auf strategische Entscheide konzentriert und das operative Geschäft im Rahmen der gesetzten Leitplanken dem Stadtspital überlässt. Leider will die links-grüne Mehrheit im Gemeinderat das Stadtspital weiter im Korsett einer Dienstabteilung belassen und damit jeglicher zukünftiger Flexibilität berauben. Die Fraktion Die Mitte – EVP wird sich weiterhin für ein modernes Stadtspital als öffentlich-rechtliche Anstalt einsetzen, welches agil auf die aktuellen Herausforderungen reagieren kann. Die unzeitgemässe und risikobehaftete Form als Dienstabteilung der Verwaltung mit einem alleinigen strategischen Entscheidungsträger lehnen wir ab. Es braucht einen Wandel zugunsten der Flexibilität für das Stadtspital! Christian Traber, Die Mitte

In der Rubrik «Aus dem Gemeinderat» schreiben Volksvertreterinnen und -vertreter regelmässig einen Beitrag. Alle im Stadtparlament vertretenen Parteien bekommen hierzu regelmässig Gelegenheit. Die Schreibenden äussern im Beitrag ihre persönliche Meinung.